

Redaktion, Administration, Druckerei:
I, Kolowratring, Fichtegasse Nr. 9-11.

Telephon-Nummern:

Redaktion: Δ 98-5-95.
Administration: 97-0-35.
Inseratenabteilung: 97-4-41.

Prager Redaktion: Vinohrady, Marchall
Fochova 71.

Administration für die Slowakei:
M. Weiss, Bratislava, Fischerorgasse 2.

Strassenverkauf durch die Kolporteurs
der Firma Goldschmidt, I, Wollzeile 11.

Bezugsbedingungen im Innern des Blattes.

Neue

Freie Presse.

Morgenblatt.

Prels in Wien: 32 Groschen.

Inseraten-Aannahme laut ausliegendem
Tarif in unseren Bureaux:

I, Fichtegasse 9-11, Telephon 97-4-41,
I, Schulerstrasse 1-3, Telephon 71-3-80,
Kleiner Anzeiger, Chiffrebriefe-Abteilung
und bei allen Inseraten-Bureaux des In-
und Auslandes.

Für die an Agenten, Austräger oder Ver-
schleissler bezahlten Beträge leisten wir
keine Garantie.

Nr. 22892

Wien, Samstag, den 9. Juni

1928.

Um redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht,
Theaternachrichten, Economist) enthaltene entgeltliche Mit-
teilungen sind durch ein vorgelegtes B. kenntlich gemacht.

Drei große Ministerreden in einer Woche.

Nach Mussolini Benesch und Poincaré.

Wien, 9. Juni.

Ist es der Auftakt zu den großen internationalen
Regelungen? Nach dem Exposé Mussolinis haben wir die
Erklärungen Benesch' zu hören bekommen, und nun sprach
Poincaré vor der neugewählten Kammer in Paris. In
einer Woche drei Ministerreden und drei Reden, die das
Gemeinsame haben, daß sie ins Allgemeine der internatio-
nalen Probleme hinausweisen und für die Haltung der drei
Kabinette in diesen wichtigsten Zukunftsfragen für ganz
Europa Fingerzeige geben. Wir haben oft und oft ver-
nommen, daß der Frühsommer dieses Jahres eine neue
Epoche einleiten soll, daß nach der Klärung über die Kräfte-
verhältnisse in Deutschland und Frankreich, über die
Stimmungen bei diesen beiden maßgebendsten Völkern
unseres Kontinents, der Weg für umfassende politische
Unterhaltungen frei sein wird und daß zum Schluß, wenn
auch über die innere Lage in den Vereinigten Staaten ein
Bild gewonnen zu werden vermag, die internationale Aus-
sprache beginnen kann. An diesen Zeitpunkt sind wir nun
schon nahe herangerückt, und sowohl Mussolini, wie Benesch
haben in der Art, wie sie ihre politischen Darlegungen vor-
brachten, bereits auf die Auswirkungen der deutschen und
der französischen Wahlen Rücksicht genommen.

Bei Poincaré ist das fast selbstverständlich. Er hat eine
Kammer vor sich, die nicht unerheblich anders aussieht als
die frühere, und er hat ein Deutschland vor sich, das mit nicht
mißzuverstehender Deutlichkeit seine Zustimmung zu der
Politik der deutsch-französischen Verständigung gegeben hat.
Innerpolitisch hat es der Ministerpräsident, mag er sich auch
berechtigterweise als Sieger in den Wahlen fühlen, gewiß
nicht einfach. Seine Mehrheit, aus einander widerstrebenden
Elementen zusammengesetzt, die in der Wahlkammer zum
großen Teil gegeneinander kämpften, ist einzig nur um
des einen Zieles der finanziellen und wirtschaftlichen
Sanierung willen, und die Tragik dieser Poincaréschen
Koalition ist also, daß sie im Augenblick, da sie ihre Auf-
gabe löst, ihre Existenzberechtigung verliert. Daher wohl auch
anfänglich das Bögen in der Stabilisierungsfrage, in der
nun freilich unter dem Druck valutarisch maßgebender
Faktoren eine reichere Entscheidung unvermeidlich sein wird.
Trotzdem ist in diesen Punkten die Regierungserklärung
äußerst dunkel und kurz. Von den Stellen, wo er dann über

die äußeren Fragen spricht, ist am bemerkenswertesten die,
an der Poincaré an die Adresse von Washington den Satz
richtet, kein Volk habe heute das Recht, sich auf sich selbst
zurückzuziehen oder den Versuch zu machen, die andern
Völker zu beherrschen. Aber dieser Appell an Amerika, diese
Aufforderung, in der Frage der Schulden nicht dauernd zu
widerstreben, ist doch zugleich auch ein Selbstbekenntnis.
Denn Poincaré fügt hinzu, der Wohlstand jedes einzelnen
Volkes hängt vom allgemeinen Wohlstand der Gesamtheit
ab. Das ist eine ganz andere Meinung als die, aus der
heraus derselbe Minister seinerzeit den Einmarsch ins Ruhr-
gebiet unseligen Angekommens bekrierte. Aber der Premier
einer Mehrheit, die von den Linksradiakalen angefangen bis
zur radikalen Mitte, von Daladier und Herriot angefangen
bis zu Louchet geschlossen für die Verständigungspolitik ist,
kann eben nicht anders handeln.

Poincaré hat drei Tage nach Mussolini gesprochen.
Direkt nimmt er wohl an keiner Stelle auf seinen italienischen
Kollegen Bezug. Aber indirekt tut er es, indem er als
Voraussetzung jeder Annäherung auf internationalem Boden
ausdrücklich unterstreicht, daß kein Hintergedanke einer
Vertragsrevision vorhanden sein dürfe. Dasselbe hat Benesch
erklärt und in seinem vierundzwanzig Stunden vor Poincaré
gehaltenen Exposé auch weiter ausgeführt. Heute, sagte der
tschechoslowakische Minister des Aeußern, sieht in Frankreich,
England und überall um uns ein jeder, daß alle praktischen
Versuche zur Revision der Friedensverträge solche Er-
schütterungen und Konflikte hervorbringen würden, daß
Europa abermals von einem Kriegsbrand erfaßt werden
müßte. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was
Mussolini darlegte, und es ist wohl nicht zu ver-
kennen, daß man in Paris und in Prag den Wunsch hatte,
möglichst rasch auf die gefährlichen Gedankengänge des Duce
zu antworten. Der römische Diktator hatte nämlich in seiner
Rede, wie man tags darauf aus den detaillierteren Be-
richtern erfuhr, mit einer Deutlichkeit sich für die Revision
eingesetzt wie bisher noch kein leitender Staatsmann der
Sieger von 1918. Kein Vertrag, so lauteten seine Worte,
ist ewig, und der Völkerbundpakt schließt sogar die Un-
beweglichkeit der Verträge ausdrücklich aus, indem er in
einem seiner Artikel den Weg für mögliche Revisionen
eröffnet. Niemand kann behaupten, sagte er weiter, daß die
Friedensverträge ein vollkommenes Werk sind, es gibt

LIDO, der sonnige LIDO!

Auf nach dem Lido, wo Sonne und Gesundheit, wo Sport,
Freiheit und Feste zu Wasser und zu Lande Euer warten. Der
Lido ist ein modernes Weltbad der Eleganz und Zwanglosig-
keit. Leuchtend krönt das nahe Venedig diese Harmonie von
Schönheit und Natur.

Saison April bis Oktober.

Pensionspreise je nach Saisonzeit und Lage der Zimmer:

Excelsior Palace Hotel von Lire 100.— aufw.
Grand Hotel des Bains von Lire 75.— aufw.
Hotel Villa Regina von Lire 55.— aufw.
Grand Hotel Lido von Lire 55.— aufw.
Pensione della Spiaggia von Lire 40.— aufw.

Eisenbahn-
Ermässigungen.

OOO

Ankunft und Prospekte
durch

Compagnia Italiana
dei Grandi Alberghi in
Venedig.



Das Ende der Völkerbund- kontrolle über Oesterreich.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Wien, 8. Juni.

Aus dem Bericht des Finanzkomitees, den der finnische
Außenminister heute im Völkerbundrat erstattete, geht unter
andern hervor, daß am Ende dieses Monats der noch in
Wien befindliche Vertreter der Treuhänder der österreichi-
schen Sanierungsanleihe Dr. v. Rosi seinen Posten ver-
läßt und daß auch die Funktionen des Schweizer Bank-
direktors Dubois zu diesem Zeitpunkt ihr Ende finden.
Der österreichische Delegierte, Staatssekretär a. D. Pflügl,
dankte bei dieser Gelegenheit noch einmal dem Räte und
dem Finanzkomitee sowie den genannten Beauftragten des
Völkerbundes für die Hilfe, die sie Oesterreich gewährt haben.
Damit ist der allerletzte Akt der österreichischen Völkerbund-
anleihe vor dem Völkerbunde beendet.

Die Südtruppen in Peking ein- gerückt.

Peking, 8. Juni.

Die südchinesischen Truppen haben um
10 Uhr morgens in vollständiger Ruhe und
Ordnung Peking in Besitz genommen.

Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.

Seite 11 und 12.

„Albanische Welt.“ von Annie Francés-
Sarrar.

„Himmelserscheinungen im Monat
Juni.“ von Dr. Walter E. Vernheimer.

Die 55. Fortsetzung des Romans „Die Tänzerin
Orchidee“ von J. Joseph-Menand befindet sich
auf Seite 23.

„Verkehrsblatt für Realitäten-
und Hypothekenwesen.“ Seite 16.

„Mittleuropäische Wirtschaft“

Seite 17 bis 20.

„Das Ende der valutarischen Stürme.“
von Louis Louchet.

„Internationale Fragen der Landwirt-
schaft.“ von Hofrat Viktor Pozzi.

„Die Berufszählung des Deutschen
Reiches.“ von Dr. Felix Mehl.

„Die Kooperation der Notenbanken.“
von Dozent Dr. jur. et Dr. rer. pol. Richard
Kerschagl.

„Zollfreier Warenaustausch zwischen
England und Oesterreich.“ von Dr. Franz
Sidlik.

„Zum Problem der Beamtenentschul-
dung.“ von Regierungsrat Prof. Gustav
Müller.

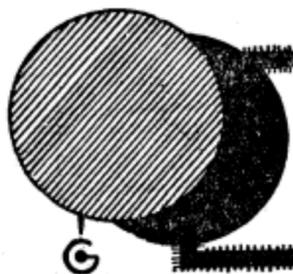
„Der Lautsprecher für Hunderttausende.“
von Emo Desobovich.

Fenilton.

Josef Nadler.

Von Hermann Bahr.

Singen und Sagen hören wir schon uralte Zeiten. Da
steht der Dichter noch neben dem Priester, und erit, wenn sie
sich voneinander trennen, übernimmt der Dichter das Amt,
zu sorgen, daß die hohen Taten der Väter und Urwäter in den
Herzen der nachwachsenden Geschlechter andauern. Doch
erst, wenn es Brauch wird, was bisher frisch von den Lippen
der Dichter sprang, nun auch aufzuzeichnen, um es im Ge-
dächtnis der Enkel zu bewahren, beginnt, was wir jetzt Lite-
ratur nennen. Wer Geschichte schreibt, gedenkt fortan in einem
Anhang auch der Namen der in ihrer Epoche berühmten
Dichter. Als ein Anhängsel der Weltgeschichte tritt zunächst
auf, was wir heute Literaturgeschichte nennen. Sie war
zunächst ganz unkritisch, sie begnügte sich mit einer Auf-
zählung von Namen, die die Kraft bewiesen hatten, unver-
gessen zu bleiben, und enthielt sich übrigens eines Wert-
urteils über sie. Das blieb bis in die klassische Zeit hinein
noch so, ja weit über sie hinweg. Der berühmte „Grundriß
der Geschichte der deutschen Nationalliteratur“ August
Kobersteins, in drei Bänden um die Mitte des neunzehnten
Jahrhunderts erschienen, begnügte sich noch mit einer so
summarischen Erwähnung namhafter Dichter seiner Gegen-
wart, daß er in aller Ruhe Zacharias Werner, Fouwald und
— Grillparzer nebeneinander stellt als „Hauptvertreter der



Voll-Etamine mit reizenden Biedermeierdessins, auch mit Bordüren
bedruckt, 70 cm breit per Meter S 3.40
Madras-Vorhänge, Halbstores, einfache und Doppelbettdecken für
Sommerwohnungen in allen Preislagen.
Tafeljuwel, imprägniert, für Reisemäntel.
Echarpes und Apachentücher, handbemat.
Sommer-Schlafröcke aus Modecrêpe S 14.80, S 18.— und höher.
Sommer-Schlafröcke aus Kunstseide S 19.80
Ulstein-Schnittmuster, Mezzanin, Stiftgasse 1.

Ausstellung des Landesverb. f. Fremdenverkehr
„Das schöne Niederösterreich“. Eintritt frei!

Allermansky
Wien, U., Mariahilferstr. 26

vielmehr in ihnen territoriale, koloniale, finanzielle und soziale Bestimmungen, die erörtert, überprüft und verbessert werden könnten, gerade um das Leben der Verträge selbst zu verlängern.

Was sehen wir also? Poincaré und Beneš finden, Befriedigung und Verständigung sind nur möglich, wenn jeder Gedanke an eine Revision ausgeschaltet bleibt. Mussolini aber ist der Meinung, um es kurz zu sagen, daß eben im Interesse des Friedens die Revision in gewissen Fällen dringend sein wird. Er spricht geradezu aus, daß im nächsten Jahrzehnt eine solche Revision unvermeidlich werden muß, wenn es nicht zu einer neuen Krise für Europa kommen soll. Wir als die Besiegten werden uns in beiden Fällen über diese Worte unsere Gedanken machen dürfen. Wir sind eines Sinnes mit Mussolini, daß, Gott sei dank, kein Vertrag ewig und daß die Geschichte stets in Fluß ist. Alle absolutistischen Diktatorkräfte der Sieger aus dem Weltkrieg konnten nicht verhindern, daß sich durch das Hintertürchen einer letzten demokratischen Gewissensregung der Gedanke der Revision in die Statuten des Völkerbundes einschlich. Wir werden nie unterlassen, immer wieder auf den Artikel neunzehn hinzuweisen, der von den unanwendbar gewordenen Verträgen spricht und von der Nachprüfung jener Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Die größte Gefahr ist dabei jedenfalls die ungelöste Minderheitenfrage, die mangelhafte nationale Abgrenzung in einem Zeitalter, in dem, nicht zuletzt durch die Agitation unserer Gegner von ebendem, der großen Mächte des Westens, die nationalen Gefühle eine solche Rolle spielen. Ein Blick auf die Entwicklung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen oder, um noch ein zweites Beispiel zu nennen, der polnisch-litauischen genügt, um das zu bestätigen. Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß Beneš so warm über das Verhältnis zu Deutschland und über die Beziehungen zu Oesterreich gesprochen hat, mit Befriedigung, daß Poincaré den Ton von Carcaffonne, wenn auch etwas gedämpfter, wieder fand, mit Befriedigung, daß Mussolini sogar Verständnis hat für die Notwendigkeiten einer besseren Zukunft. Nationale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft; mag man es Revision nennen oder nicht, in diesem Sinn muß Europa sich umformen, wenn es nicht wieder zum Schlachtfeld werden will.

Der Kampf um die amerikanische Präsidentschaft.

Die bevorstehenden Konvente der beiden großen Parteien.

Wien, 9. Juni.

Die amerikanische Präsidentschaftskampagne tritt in diesem Monat in ihrer altertümlichen, in die Zeit der Begründung des großen demokratischen Staatenbundes zurückreichenden Umständlichkeit in eine ihrer wichtigsten Phasen ein. Am 12. und 26. Juni finden die „Nominierungen“ der offiziellen Präsidentschaftskandidaten der beiden politischen Hauptgruppen des Landes statt.

Die gegenwärtig am Ruder befindliche republikanische Partei wird am 12. Juni in Kansas City im Staate Missouri den Auftakt geben. Ihre fast elfhundertköpfige Wahlmännerdelegation wird nach dem alten Zeremoniell mit Musikbegleitung, sangesprohen Umzügen, Redenschwänken und sonstigen Kundgebungen des Jubels oder des Mißfallens entscheiden, welchem von ihren Parteigenossen die offizielle Kandidatur für die höchste Würde des Landes zufallen soll. Die demokratische Partei wird das gleichfalls elfhundert Mann zählende Aufgebot ihrer Wahlmänner am 26. Juni in Houston, einer der Hochburgen der südlichen Baumwollinteressen, um sich scharen, und auch hier wird sich der Nominierungsakt unter einem nicht minder pittoresken, flaggenumflatterten, lärmvollen Trompeten- und Trommelgeplärze — halb Gottesdienst, halb Jahrmarkt — vollziehen.

Die beiden Konvente werden sich nur dadurch voneinander unterscheiden, daß in Kansas City bei den

- Knaben-Pumphose S 20.—
- Sportstrümpfe S 8.—
- Sportabteilung**
- Tennis-Schläger S 35.—
- „ Schuhe S 8.50
- „ Socken S 3.—
- Pullover S 22.—

Jacob Rothberger, Wien, I, Stephansplatz 9. 7126

republikanischen Abstimmungen eine einfache Stimmenmehrheit festgelegt ist, während in Houston der eventuelle Wahlsieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten an die Bedingung einer Zweidrittelmajorität gebunden ist. Die Verschiedenheit des Größenmaßes der zum Wahlsieg erforderlichen Stimmenmehrheit in beiden Parteikonventen, welche naturgemäß die Erfolgsmöglichkeit des republikanischen Bewerber vermehrt und jene des demokratischen vermindert, rührt von einer vor vielen Jahren bei einer Präsidentschaftswahl aus parteitaktischen Beweggründen von sinnigen Wahlstrategen eingeführten Neuerung her, die damals dem Zweck diente, einem aussichtsreichen, aber den Wahlmachern nicht genehmen Präsidentschaftskandidaten den ihm bei einer einfachen Mehrheit sicheren Wahlsieg auf diese Weise unmöglich zu machen. Dieser für die demokratische Partei ungünstige Abstimmungsmodus wurde bisher noch nicht abgeändert. Das könnte nun gegen den demokratischen Wahlwerber um so schwerer ins Gewicht fallen, als der Hauptkandidat der Demokraten, der an Popularität nicht hinter Roosevelt zurückstehende Gouverneur des Staates Newyork, Mr. Alfred Smith — der Liebling „M“ der Newyorker Massen — auch schon in anderen Punkten gegenüber seinem begnadeteren republikanischen Rivalen Hoover im Nachteil ist.

Herbert Hoover als republikanischer Favorit.

Nach dem bisherigen Verlaufe der Wahlkampagne und insbesondere nach dem Ergebnis der Primärwahlen in sieben Staaten mit ihrer sozusagen generalprobeartigen Prüfung der Volksmeinung ist nicht anzunehmen, daß aus den Abstimmungen der Wahlmänner in Kansas City ein anderer als Herbert Hoover als offizieller Kandidat der republikanischen Partei hervorgehen wird. Freilich darf aber dann nicht die Stimmenzersplitterung unter den anderen republikanischen Wettbewerbern schließlich die Wahlchancen der Partei bei der eigentlichen Präsidentschaftswahl im Januar des nächsten Jahres in Frage stellen. Wäre dies zu befürchten, so könnte möglicherweise Präsident Coolidge trotz aller bisherigen Verdienste sich doch bestimmt sehen, durch eine erneute Kandidatur als Retter in der Not in die Bresche zu springen. Eine solche Stimmenzersplitterung ist immerhin denkbar, da ja neben Hoover mehrere andere Wettbewerber von Rang und Anhang ihre Kandidaturen angemeldet haben.

Da ist der sehr bekannte ehemalige Gouverneur von Illinois, Frank D. Rowden, der erst kürzlich bei den Primärwahlen in Chicago sich durch den Sturz der Korruptionstendenz Thompson überaus verdient machte, und sich eines ganz gewaltigen Anhanges in den landwirtschaftlichen Wahlkreisen erfreut. Der bei Präsidentschaftswahlen neben Newyork ausschlaggebende Staate Indiana, der dem Lande schon mehrere Präsidenten geschenkt hat, entfendte seinen „favourite son“, Senator Watson, als republikanischen Kandidatenswerber nach Kansas City. Watson hat kürzlich bei der Wahl der Delegation von 33 Wahlmännern für Indiana Hoover mit einer Mehrheit von 30.000 Stimmen geschlagen. Des weiteren kommt

General Dawes, der Schöpfer des seinen Namen führenden Reparationsplanes und nebenher Vizepräsident der Vereinigten Staaten, in Betracht, der aber trotzdem wie sein intimster Freund London nicht zu den Anhängern der gegenwärtigen Regierung zählt. Schließlich sind als republikanische Bewerber zu nennen: der ehemalige Staatssekretär Hughes, ferner der von den radikalen Republikanern des Westens begünstigte Senator Norris aus Nebraska, sodann Senator Borah, der den kleinsten Staat Amerikas, Idaho, im Senat vertritt, sowie Senator Johnson aus Kalifornien und Senator Curtis aus Kansas, dessen Urgroßvater ein Indianerhäuptling war und den Namen „Weiße Feder“ führte. Eine Enkelin des Häuptlings heiratete einen Kapitän französischer Abkunft, namens Curtis, und der Sohn des Paars, der gegenwärtige Senator, verbrachte in zarter Jugend nach dem Tode seiner Eltern einige Jahre bei seiner indianischen Großmutter im Familienmwigam einer Indianerreservation inmitten eines echt indianischen Milieus. Jeder dieser Kandidaten verfügt über ein mehr oder minder zahlreiches Gefolge, und so könnte die Stimmenabgabe für alle diese Bewerber die Gewinnung einer absoluten Mehrheit für einen Kandidaten vereiteln. Doch braucht es nicht notwendigerweise dazu zu kommen, und überdies können Kompromisse und Korrekturen des Stimmenverhältnisses im Interesse der Gesamtpartei noch immer während der Wahlgänge zustande gebracht werden.

Erfahrene Wahltechniker rechnen allerdings aus, daß Hoover jetzt schon auf mehr als 500 Stimmen im Parteikonvent in Kansas City zählen kann, und daß er das zur einfachen Mehrheit fehlende Plus von 45 Stimmen noch vor Zusammentritt des Konvents aus verschiedenen Staaten decken dürfte. Dagegen halten aber andere, anglichere Beurteiler daran fest, daß die Opposition gegen Hoover im Steigen begriffen sei. Es werde ihm sein laues Parteiinteresse, seine politische Unzuverlässigkeit, wie nicht minder auch seine Unterstützung der Wahl Wilsons im Kriegsjahre 1916 nachdrücklicher als bisher zum Vorwurf gemacht. Hoover hat zwar den Handel und die Industrie für sich, die Landwirtschaft aber gegen sich. Insbesondere in der letzteren herrscht großer Unmut über Coolidge und seine Verwaltung wegen des Vetos, das der Präsident gegen die Mc Rary-Haugen Farm-Relief-Bill zur systematischen Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion erhoben hat. Dieser Unmut kehrt sich natürlich auch gegen Hoover, mit dem übrigens die Farmer wegen verschiedener gegen die landwirtschaftlichen Produzenten gerichteten Bemerkungen auch persönlich unzufrieden sind. Hoover kann auf die mächtigen Ost- und Südstaaten sowie auf den kalifornischen Westen unbedingt zählen, die Zentral- und Weststaaten aber dürften sich gegen ihn kehren.

Der Demokrat Al Smith.

Die Chancen des demokratischen Hauptkandidaten, des Gouverneurs „A“ Smith werden viel geringer eingeschätzt. Seit dem Bürgerkrieg hat es nur zwei demokratische Präsidenten gegeben, Grover Cleveland und Wilson. Der ersten Präsidentschaft Cleveland im Jahre 1885 bis 1889 gingen in der Aufeinanderfolge von fast einem Vierteljahrhundert nicht weniger als fünf republikanische Verwaltungen voraus. Dazu kommt, daß angesichts der von der gegenwärtigen republikanischen Regierung als ihr Verdienst in Anspruch genommenen, seit dem Friedensschluß andauernden Prosperität des Landes, die ja auch das große Schlagwort der Wahlkampagne bildet, die demokratische Partei keine ausreichende Anziehungskraft auf die Massen auszuüben vermag. Dadurch vermindern sich naturgemäß die Erfolgsmöglichkeiten selbst namhafter Kandidaten, die überdies in dieser Partei sehr spärlich gefast sind. Wenn man den Gouverneur Smith nennt, hat man auch schon die Kandidatenliste der Demokraten so gut wie erschöpft. Der frühere Schatzamtssekretär Mc Udoe hat von einer Kandidatur überhaupt abgesehen, und Senator Walsh hat sich von seiner Kandidatur zurückgezogen, da er sich von ihr keinen Erfolg zu versprechen vermochte. Die einzige Chance, mit der die Demokraten rechnen, ist jetzt die der Stimmenzersplitterung auf dem republikani-

katalistischen Richtung“. Daß diese drei doch eigentlich nicht ganz desselben Ranges waren, hat er offenbar gar nicht bemerkt oder es schien ihm unwesentlich. Selbst Wilhelm Scherer noch, mit dessen Deutscher Literaturgeschichte die Befinnung auf Jakob Grimm beginnt, die Bestimmung auf das Wort als Ausdruck des Geistes, begnügt sich oft genug mit einem Aufmarsch von Namen, er versäumt auch nicht, ihren Rang anzudeuten, aber worin ihre bewegende Kraft wurzelt, diese Frage kennt er nicht, und so fällt ihm nicht ein, Antwort darauf zu suchen. Desterreicher von Geburt, flos Scherer, wie damals die besten Desterreicher fast alle, nach dem Berlin Bismarcks, durch den uns die deutsche Sehnsucht von Jahrhunderterten erfüllt schien. Scherer starb 1886, zwei Jahre vor der Geburt Josef Radlers. Dieser kam in Neudorf zur Welt. Er hat in Prag studiert, August Sauer war sein Lehrer, dem schon der erste Band der „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“, 1912 bei J. Gabbel in Regensburg erschienen, gewidmet war und dessen Namen er nun in dem eben jetzt erschienenen letzten Bande des gewaltigen Werkes nochmals ehrt durch eine Huldigung für Hedda Sauer. Er rühmt an ihr: „Sie schied nicht gerade einfallende, sie empfängt zurückgeworfene Strahlen. . . . Es ist eine Kunst, die auf Stifterns Art ins einzelne sich vertieft, eine Kunst kühnen Lebendigmachens, des wagemutigen Uebersteigerns, die wie George das Beiwort in Relativsätze auflöst und wie Rilke der tönenden Stille Worte weiß. Der Weg zur Profankunst liegt noch vor ihr.“ Man kann einer Begabung nicht anmutiger ihre Grenzen weisen; die leise Warnung klingt huldigen. Es liegt im Wesen Radlers, alles so rein zu sehen, daß es ihm sein Geheimnis anvertraut, und was uns ohne dies einleuchtet, lernen wir durch ihn erst auch innerlich verstehen. Dem Schlußbande hat Radler ein Wort Grillparzers vorgeschickt: „Man kann die Berühmten nicht verstehen, wenn man die Obskuren nicht durchgeföhlt hat.“ Seine Zeit bot ihm ausreichend Gelegenheit, „die Obskuren durchzuföhlen“, und auch er selbst hat sich über Mangel an Obskuren unter seinen Fachkollegen ja keineswegs zu beklagen: sie haben seine Berufung an die Münchner Uni-

versität und an die Wiener abgetrieben, denn er ist verdächtig, „amerikan“ zu sein. Böhmen war in der Jugend Radlers ein Sorgenkind Desterreichs. Der österröische Hofrat, und gar wenn er selbst Böhme von Geburt war, hatte keinen Sinn für Geschichte. Für ihn gab es nur Provinzen, und keine von ihnen durfte sich erdreisten, ein Sonderrecht anzusprechen. Der Hofrat ahnte nicht, daß in Desterreich politische Gerechtigkeit forderte, jedem seiner Völker ein besonderes Eigenrecht zu sichern. Der Hofrat achtete nicht darauf, daß im böhmischen Volke noch, wenn auch künstlich verbunkelt, Erinnerungen an seine großen Zeiten lauerten: an die Zeit Kaiser Karls des Vierten, des Luxemburgers, bei dem der damals rings auflodernde neue Geist, die Renaissance, sozusagen in Person an den Prager Hof kam: in der Person des Cola di Rienzo (Konrad Burdach hat uns die Nacht Prags über den Geist des Abendlandes in jener Epoche, besonders aber auch ihre Bedeutung für den Wandel unserer Muttersprache, hinreichend dargestellt), dann aber wieder, zwei Jahrhunderte später, die Zeit des fast sagenhaften Kaisers Rudolf des Zweiten, des Astrologen und Alchimisten auf dem Thron. Erst seit Kaiser Josef dem Zweiten, der in seinem Gehmut die Menschheit immer von neuem beglücken will, was sie sich gar nicht verlangt, wird dann allmählich auch Böhmen bloß eine „Provinz“, nach deren gewaltiger Vergapenheit der Hofrat gar nicht erst fragt, zufrieden, wenn nur der Amtschimmel nicht hocht. Als junger Prager Student mag Radler zuweilen im stillen bei sich erwogen haben, ob durch dieses Fortwurseln, von dem man sich die Lösung aller österröischen Probleme verhielt, denn auch der ungestörte Fortgang des geistigen Lebens verbürgt war. Da mag er sich zum erstenmal gefragt haben, was denn Literatur überhaupt eigentlich ist, wodurch sie bewegt und zuweilen wieder unversehens von ihrer Richtung abgelenkt wird, und was neue Formen oft unversehens erscheinen und alte plötzlich verschwinden läßt. Diese Fragen auch nur zu stellen, war eine geniale Tat. Radlers Werk ist viel mehr, als sein Titel verkörpert: er kündigt eine „Literaturgeschichte“ an und gibt uns den Lebenslauf des deutschen Geistes.

Eigentlich verdankt er diese Nacht einem Apercu, dem man zunächst die Kraft gar nicht zutraut, Literaturgeschichte, bevor er es sich merken ließ, aus einem Fettelhaften in unmittelbares Leben zu verwandeln. Vor Radler ließ man es bei Prüfungen von Germanisten mit der Frage nach irgendeinem Dichter oder einer Schule, einer Gruppe bewenden, und wenn der zitternde Kandidat mit den Lebensdaten jenes Dichters und einer Aufzählung seiner Werke, ja gar noch mit der üblichen Klassifikation des Dichters — Vorzüglich, Lobenswert oder Unbefriedigend —, aufwarten konnte, hieß ihn die Kunst freudig willkommen. Dieser germanistischen Betrieb hat Radler zerstört, hoffentlich für immer, und im Grunde bloß durch jenes Apercu, durch die Wahrnehmung, daß der Schaplaß der deutschen Dichtung zuweilen wechselt und daß bei solchem Wechsel immer wieder ein anderer der deutschen Stämme zu Worte kommt. Er unterscheidet den rheinischen Raum, von Franken und Alemannen besetzt, den Erben römischer Kultur, deren bewegende Kraft das Verlangen nach Aneignung der Antike bleibt, von Karl dem Großen bis zum Klassizismus. Im zweiten Raume, dem der Donau, herrscht auf auch schon von Römern besiedeltem Gebiet bayerische Sinnesart vor; dem Latein des Barock hört man zuweilen noch den bayerischen Klang an. Spät erst kommt der dritte Raum an die Reihe, der zwischen Elbe und Weichsel, zunächst von Slawen besiedelt, denen man noch lange, schon an der Eile, das Versäumte nachzuholen, abmerkt, daß sie sich immer noch nicht recht sicher fühlen; sie münden zuletzt in die Romantik. Radlers Versuch einer durchaus neuen Anordnung des Verlaufs der deutschen Dichtung ist so kühn, zugleich aber auch von solcher Macht, daß er die höchste Bewunderung auch dann verdient, wenn er sich mit seinem genialen Einfall begnügt und nun aber den Beweis dafür zu erbringen, seinen Schülern überlassen hätte; Stoff für die Seminararbeit von zwei Generationen war damit geboten. Doch Radler zog vor, sich selbst mit dieser ungeheuren Arbeit zu beladen; er wurde des umgestalteten Stoffes Herr. Und dank ihm, rücken nun dunkle Gestalten ins Licht, in das er sie rückt, indem er

schen Konvent mit den für ihren Champion Al Smith sich daraus ergebenden günstigen Folgen. Vorderhand aber steht die Partie für den hochbegabten, sich einer an Heroenkult grenzenden Beliebtheit im Staate Newyork erfreuenden demokratischen Staatsmann nicht sonderlich aussichtsreich.

Smith ist überdies Katholik, und ein Präsidenschaftswerber dieses Glaubensbekenntnisses hat seit der Begründung des Staatenbundes noch niemals als Präsident seinen Einzug ins Weiße Haus zu Washington gehalten. Das von den puritanischen „Pilgrimen“ aus der englischen in die neue Heimat über dem Meere mitgebrachte römische „Schreckgespenst“ ist in den Vereinigten Staaten von heute ebenso lebendig wie einst, und erst vor kurzem hat der Senator Heflin von Alabama, ein führendes Mitglied des im Süden noch immer einflussreichen Ku-Klux-Klans in einer seiner Wahlreden nachdrücklich auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß Al Smith als Präsident seine Weisungen zur Führung der amerikanischen Staatsgeschäfte aus Rom erhalten werde. Auch die scharfe Gegnerschaft des Gouverneurs gegen das Alkoholverbot hat ihm viele Anfeindungen eingebracht und nicht minder die Zugehörigkeit des persönlich makellos reinen Mannes zu der aus früherer Zeit über beleumundeten irischen politischen Wahlmacher-Gesellschaft der Tammany Hall. Die Stärke des Gouverneurs Smith liegt hauptsächlich in den nordöstlichen Staaten, doch hat er in der letzten Zeit durch seine nunmehr sechzehnjährige mustergültige Amtsführung im Staate Newyork und durch seine großen persönlichen Vorzüge sich auch darüber hinaus, besonders in katholischen Bevölkerungskreisen große Sympathien erworben, die sich möglicherweise auch an der Wahlurne geltend machen könnten.

Alles in allem wird Smith gegen Hoover einen schweren Stand haben, insbesondere seit der in der republikanischen Partei allmächtige Schachkanzler Mellon vor einigen Wochen in einer Newyorker Rede Herbert Hoover förmlich zum offiziellen Thronfolger Coolidges erhob, indem er erklärte, daß Hoover dem „Standard am nächsten komme, den die Partei für das hohe Präsidenschaftsamt gesetzt habe“. Eine Erklärung dieser Art aus solchem Munde kommt einem Ernennungsdekret zum offiziellen Kandidaten der republikanischen Partei gleich, das nur noch von dem Konvent von Kansas City ratifiziert zu werden braucht. Immerhin aber darf man nicht übersehen, daß eine amerikanische Präsidenschaftswahl wie ein päpstliches Konklave große Überraschungen bringen kann und auch schon oft gebracht hat. Ein Unbekannter kann durch eine Verkettung unerwarteter Umstände in den Vordergrund gerückt werden und den Sieg davontragen. Mit dieser Möglichkeit muß man daher selbst in einem Falle rechnen, der sich so gesichert darstellt wie der Hoovers in diesem Augenblicke.

H. O.

Das Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten.

Kabellendienst der „Neuen Freien Presse“ (United Press).

Tokio, 8. Juni.

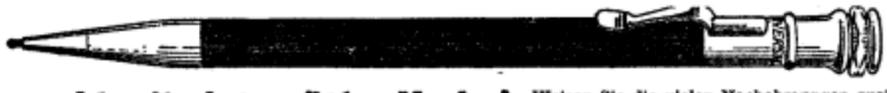
Der Attentäter Kamura, der den Anschlag gegen den Ministerpräsidenten Tanaka heute verübt hat, hat bei der Vernehmung gestanden, daß er den Ministerpräsidenten bereits seit einer Woche verfolgte. Als Grund seiner Tat gab er an, er habe Tanaka aus dem Wege räumen wollen, weil dieser sich geweigert habe, zurückzutreten und auch das Amt des Außenministers bei der Neubildung des Kabinetts niederzulegen. Auch erklärte Kamura, daß nach seiner Ansicht bei der Geschäftsführung des Kabinetts Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die Polizei ist fieberhaft bemüht, festzustellen, ob Kamura Komplizen gehabt hat. Ministerpräsident Tanaka ist sowohl wegen seiner inneren, wie wegen seiner äußeren Politik das Ziel heftiger Angriffe.

Unter der nichterwünschten Annahme, daß es sich um eine kommunistische Verschwörung handle, sind in Japan selbst, besonders aber in Korea und auf Formosa in den letzten Wochen Massenverhaftungen vorgenommen worden. Noch heftiger ist Tanaka wegen seiner Chinapolitik beschuldigt worden.

uns erkennen lehrt, welche Lücken in der Geistesentwicklung sonst unerfüllt geblieben wären. Aber auch Dichter, deren Name noch immer hell erstrahlt, läßt uns Rabler zum erstenmal wesentlich erkennen, vor allem Grillparzer, den wir laut rühmen, kaum mehr spielen und niemals in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen wußten. Rabler allein hat ihn rein erkannt. „In Grillparzer“, sagt er, „liegen alle Bewegungskräfte der ganzen bayerischen Bühnengeschichte zusammen. Fast alle seine Stoffe sind, zum Teil wiederholt, auf den Bühnen der ostbayerischen Humanisten oder des Barock gespielt worden. Er ging, mittelbar durch das Leopoldstädter Theater, von der Kunst am Kärntnerort aus. Wort und Weise vermaßten sich ihm ebenso, wie sie in der Bühnentechnik des Barock und später der Vorstadttheater und des Burgtheaters verbunden waren. Das Wiener Märchenstück wirkte noch in seinen Werken fort, und wie die Barockkünstler und wie Raimund auch, arbeitete er mit Symbolen. Grillparzer hat der fortgesetzten Nähe des Bayern um ein Erneuern und Verschmelzen des antiken Literaturerbes mit modernen und heimatischen Elementen den vollen Erfolg geschenkt. Er ist im Bayerischen der Endpunkt dieser Entwicklung, wie es Schiller und Goethe im Alemannischen und Fränkischen waren, er ist bayerischer Klassizist.“ Der ganze Grillparzer steht in diesen paar Worten geistig vor uns. Es wird an dreizehn Lesern nicht fehlen, die versichern, genau so hätten sie sich Grillparzer immer schon vorgestellt. Sie lägen nicht, aber sie werden, wenn sie zufällig an Hölderlin in der Darstellung Rablers geraten, ebenso lebhaft betauern, ganz so hätten sie sich Hölderlin immer schon vorgestellt. Derlei Leser sind ahnungsvoll, aber ohnmächtig, es fehlt ihnen die Kraft, was der Dichter an rauschenden Gefühlen in ihnen erregt, zu reinen Gesichten zu steigern. Dazu verhilft ihnen Rabler, indem er, ganz Ohr für jeden Laut der Dichtung, zugleich ein gebornener Augenwitsch ist: Was er sieht, ertönt ihm; was er hört, erscheint ihm. Immer Aug' und Ohr zugleich, ist er von Natur vorbestimmt, Deuter und Ränder der deutschen Kunst zu werden, in der das Wort malen, aber dafür das Bild klingen will.

Der anerkannt beste Kewon der Welt!

WAHL-EVERSHARP



Das vornehmste Geschenk!

Nur echt mit eingepprägter Marke! Welsen Sie die vielen Nachahmungen zurück. Zu haben in jeder besseren Papierhandlung.

Blutige Schlägerei in der Eröffnungssitzung des preussischen Landtages.

Erzesse der Kommunisten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 8. Juni.

Der preussische Landtag wurde heute eröffnet. Die Eröffnungssitzung nahm einen stürmischen Verlauf und artete schließlich in wüste Szenen und in eine Schlägerei aus. Hervorgerufen wurden diese Erzesse durch die Kommunisten, die von Anfang an die Absicht erkennen ließen, die Sitzung mit allen Mitteln zu stören. Auch auf den Tribünen hatten sie eine große Anzahl ihrer Anhänger untergebracht, die von dort aus mehrmals in die Sitzung eingriffen. Der 83jährige Alterspräsident Graf Posadowsky erwieß sich natürlich den Gewalttätigkeiten der Kommunisten gegenüber gänzlich ohnmächtig. Als Graf Posadowsky um 1/45 Uhr auf der Präsidentenstraße erschien und den Beginn der Sitzung verkündete, mit den Worten: „Ich eröffne hiermit die erste Tagung des dritten preussischen Abgeordnetenhauses“, erhob sich auf den Bänken der Kommunisten großer Lärm und es wurde gerufen: „Nieder mit dieser Koalitionsregierung! Heraus mit den politischen Gefangenen aus den Gefängnissen!“ Graf Posadowsky wandte sich zu den Kommunisten und ersuchte sie, doch zu warten, bis der von ihnen gestellte Antrag auf Haftentlassung der beiden jetzt in den Landtag gewählten Kommunisten Zobel und Bruhn zur Beratung gelangen werde. Er konstatierte dann sein Bureau und begann seine Ansprache, in der er den wiedergewählten Abgeordneten für ihre bisherige Tätigkeit (Rufe bei den Kommunisten: „Die Abgeordneten sitzen ja im Gefängnis!“) dankte und die neugewählten Abgeordneten auf die große Verantwortung ihres Amtes aufmerksam machte. Graf Posadowsky wies dann auf die wichtigen Fragen, die der Landtag zu erörtern haben werde, hin und bemängelte es, daß sich weite Kreise des deutschen Volkes um die großen Angelegenheiten gar nicht oder nur dann kümmern, wenn spezielle Sonderfragen gerade behandelt werden. „Es ist im deutschen Volke“, fuhr Redner fort, „noch nicht klar erkannt worden, daß heute auch die Aufgaben des einzelnen Abgeordneten wesentlich schwerwiegender sind als früher. Stellt doch heute das Parlament die höchste Gesetzgebungsgewalt im Lande dar und aus dem Vertrauen des Hauses gehen die Mitglieder der Regierung hervor, die nur die Vollstrecker des Willens der Mehrheit des Volkes sind. Daraus aber folgt wieder, daß jeder Wähler mittelbar die Verantwortung für das Staatswesen mitzutragen hat. Die Regierung hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die bestehende Staatsordnung gegen jeden Versuch der Vergewaltigung zu schützen, von welcher Seite auch die Gefahr drohen möge. (Unterbrechung bei den Kommunisten.) Damit muß sich jeder Staatsbürger abfinden, ob der Aufbau des Staates seiner innerlichen Auffassung Rechnung trägt oder nicht. (Zurufe eines kommunistischen Abgeordneten: „Das ist die alte Theorie vom Untertanen des Staates!“)

Nach der Rede des Alterspräsidenten, die von der Mehrheit des Hauses mit Beifall aufgenommen wurde, erhält der kommunistische Abgeordnete Kaspar das Wort zur Geschäftsordnung. Er weist darauf hin, daß sich zwei Abgeordnete der kommunistischen Partei noch in Festungshaft befinden. Der Abgeordnete Zobel sei in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer einer Buchhandlung zu einem Jahre Festungshaft verurteilt worden, was auch im bürgerlichen Lager Aufsehen erregt habe. Der Abgeordnete Bruhn habe wegen der Verteilung einer Broschüre eine Strafe von neun Monaten Festung erhalten. Der Oberreichsanwalt habe den selbstverständlichen Antrag, die beiden Abgeordneten für den neugewählten Landtag aus der Haft zu beurlauben, abgelehnt. (Stürmische Rufe: „Hört! Hört! Rufe bei den Kommunisten.) Der Redner beantragt, den von seiner Partei gestellten Antrag auf sofortige Freilassung der beiden Abgeordneten auf die heutige Tagesordnung zu setzen und die Debatte darüber sofort zu beginnen.

Ein christlicher Bauernabgeordneter von den Kommunisten blutiggeschlagen.

Alterspräsident Graf Posadowsky stellt fest, daß dieser Antrag nur zulässig sei, wenn aus dem Hause keinerlei Widerspruch dagegen erhoben werde, und richtet den entsprechenden Antrag an das Haus. Mehrere Abgeordnete der Rechten erheben Widerspruch. Das ruft einen ungeheuren Tumult bei den Kommunisten hervor. Die kommunistischen Abgeordneten verlassen ihre Plätze, scharen sich um die Rednertribüne und rufen zu dem Präsidenten empor: „Wo ist der Pamp? Dem müßte man eine Ohrfeige geben! Steh auf, du feiger Pamp!“ Im ganzen Hause herrscht große Erregung. Diese steigert sich noch, als plötzlich die Kommunisten unter Führung des Abgeordneten Kaspar nach den Bänken der Rechten vordringen, um die Abgeordneten ausfindig zu machen, die gegen den Antrag Widerspruch erhoben haben. Sie fallen plötzlich über den Abgeordneten Ponsfick von der christlichen Bauernpartei her. Ein kommunistischer Abgeordneter verfehlt dem Abgeordneten Ponsfick einen Faustschlag. Es entwickelt sich eine regelrechte Schlägerei. Mehrere Kommunisten, besonders ein Abgeordneter in der Uniform der Roten Frontkämpfer, schlagen mit vereinten Kräften auf den Abgeordneten Ponsfick ein. Im ganzen Hause ertönen dauernd stürmische Pfuirufe. Man

sieht den Abgeordneten Ponsfick aus mehreren Wunden bluten. Schließlich gelingt es anderen Abgeordneten, die ihm zu Hilfe kommen, den Abgeordneten Ponsfick seinen kommunistischen Angreifern zu entziehen. Graf Posadowsky, der nicht imstande ist, Ordnung zu schaffen, unterbricht schließlich die Sitzung. Ein Abgeordneter der deutschen Volkspartei, der Arzt ist, nimmt sich des Abgeordneten Ponsfick an und führt ihn in das Krankenzimmer. Dort wurde ein Bluterguß in das linke Auge und Hautabschürfungen festgestellt. Der Arzt legte dem Verletzten einen Verband an, und gegen Schluß der Sitzung erscheint der Abgeordnete Ponsfick wieder im Saal.

Kommunistischer Misstrauensantrag gegen die Regierung.

Nach kurzer Pause erscheint Graf Posadowsky wieder auf dem Platz des Präsidenten. Der Saal ist immer noch von Erregung erfüllt. Der Alterspräsident schlägt vor, morgen um 1 Uhr Sitzung zu halten. Der Kommunist Piesch erhält das Wort zur Geschäftsordnung und beantragt, nur die morgige Tagesordnung neben der Erklärung der Regierung auch den Antrag der kommunistischen Partei zu setzen, wonach der Landtag der Weimarer Koalitionsregierung in Preußen ein Misstrauensvotum erteilen solle. Da auf die Frage des Alterspräsidenten kein Widerspruch aus dem Hause erhoben wird, wird der kommunistische Antrag auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Amnestieantrag der Kommunisten.

Abgeordneter Piesch ergreift dann noch einmal das Wort und beantragt, auch den Antrag auf Erlassung einer allgemeinen Amnestie, von der nur die Fememörder ausgenommen werden sollen, auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Wir beantragen, sagte Piesch, die preussische Regierung solle bei der Reichsregierung auf eine sofortige Amnestie für alle von den Gerichten des Reiches und der Länder verfolgten Proletarier hinwirken. Außerdem beantragen wir Straffreiheit für die von den preussischen Gerichten verurteilten oder verfolgten Proletarier. Wir verlangen, daß diese beiden Anträge als dringend erklärt und gleichfalls auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden.

Der deutschnationalistische Abgeordnete Steinhoff erklärt, daß seine Fraktion bereit sein würde, dem kommunistischen Amnestieantrag zuzustimmen, wenn das Wort proletarisch weggelassen würde. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Nationalsozialist Rube sagt, daß seine Parteifreunde grundsätzlich für eine Amnestie seien, da die Kommunisten aber die fälschlich als Fememörder beschimpften politischen Gefangenen (lärmende Unterbrechung bei den Kommunisten) von der Amnestie ausnehmen wollen, werden die Nationalsozialisten dem Amnestieantrag widersprechen.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und eines Teiles des Zentrums wird beschlossen, die kommunistischen Anträge auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Auch der Justizminister Dr. Schmidt, der dem Zentrum angehört, hat dafür gestimmt.

Nunmehr erhält der kommunistische Abgeordnete Kaspar das Wort, der einen kommunistischen Antrag einbringt, welcher mit scharfen Worten Stellung nimmt gegen das Verhalten der Polizei gegenüber kommunistischen Demonstranten. In dem Antrage werden einige hohe Beamte und Offiziere der Berliner Polizei namentlich angeführt, deren sofortige Entlassung verlangt wird, weil sie an den letzten Zusammenstößen schuld seien. Durch Mehrheitsbeschluß wird der Antrag der Kommunisten, auch diesen gegen die Berliner Polizei gerichteten Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen, abgelehnt.

Der Nationalsozialist Rube erklärt dann, daß, solange in Preußen Adolf Hitler das Reden verboten sei, seine Partei gegen alle Maßnahmen des Hauses Widerspruch erheben werde. (Großes Gelächter.)

Zwischenfälle auf der Publikumstribüne.

Pföhllich erhebt sich auf der Tribüne ein Mann in der Uniform der Roten Frontkämpfer und ruft einige Worte in den Saal, die neuen Lärm im ganzen Hause hervorrufen. Die Kommunisten klatschen stürmisch Beifall, während die Mehrheit des Hauses verlangt, daß der Zurscher von der Tribüne entfernt werde. Jetzt erhebt sich ein anderer kommunistischer Tribünenbesucher und hält unter anhaltendem Tumult im Hause eine minutenlange Rede. Er sagt unter anderm, die Arbeiterschaft wolle dieses Affentheater nicht mehr mitmachen, und schließt mit einem Hoch auf die Weltrevolution, in das die kommunistische Fraktion im Saale begeistert einstimmt. Von Landtagsdienern wird einer der Tribünenredner von der Tribüne entfernt. Während er abgeführt wird, bringt er ein dreifaches Hoch auf die kommunistische Partei aus. Der Alterspräsident Graf Posadowsky sieht sich außerstande, die Ruhe herzustellen, und da auch die Tagesordnung erledigt ist, schließt er die Sitzung. Die Kommunisten bleiben im Saal und bringen Hochrufe auf die Weltrevolution und auf die kommunistische Partei aus.